

## Der große Check zur Landtagswahl – Part I

### Was wollen die Parteien in Sachen Bildung und Industrie?

Am 8. März sind wir aufgerufen, den Landtag von Baden-Württemberg zu wählen. Unsere Yenz-Autorinnen Valerie Maier und Hanna Lang stellen Ausschnitte der Wahlprogramme von den Parteien vor, die aktuell im Landtag von Baden-Württemberg oder im Bundestag vertreten sind. Sie haben sich die Themen Bildung und Industriestandort angeschaut. Nächste Woche geht's um die Themen Gleichstellung und Medien.

Was die Parteien im Wahlkampf versprechen, kann sich von dem unterscheiden, was tatsächlich umgesetzt wird.

### Bildung

#### CDU

Zentrale Voraussetzung für schulischen Erfolg ist für die CDU eine frühe Sprachförderung: „Erst Deutsch lernen, dann in die erste Klasse“. Ergänzend fordert die CDU die Rückkehr zur verbindlichen Grundschulpflicht. Ressourcen sollen gezielt an Schulen in sozial benachteiligten Lagen fließen. Gesamtschulen lehnt die Partei ab und setzt weiterhin auf die Abschlüsse Hauptschule, Realschule und Abitur. In allen Schularten soll die Berufsorientierung deutlich gestärkt werden, unter anderem durch jährliche Praktika. Gymnasien sollen künftig wahlweise G8 oder G9 anbieten können. Eine Abschaffung von Schulnoten kommt für die CDU nicht infrage. Zudem spricht sie sich für ein Verbot der Smartphone-Nutzung an Schulen aus.

#### AfD

Die AfD stellt Leistung, Disziplin und Identität in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik. Die Partei möchte die Disziplin an den Schulen steigern, indem ein festvorgeschriebener Verhaltenskodex erlassen wird – Verstöße sollen sanktioniert werden. Die AfD fordert, alle öffentlichen Schulen mit der deutschen Flagge auszustatten. Zudem sollen Schülerinnen und Schüler ihre Schullaufbahn nicht beenden dürfen, ohne ausreichende Deutschkenntnisse nachzuweisen. Insgesamt setzt die AfD auf das Leitbild „deutsche Leitkultur statt Beliebtheit“.

#### Die Grünen

Die Grünen verfolgen das Motto „Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern“ und setzen auf Chancengleichheit für alle Kinder, unabhängig vom Elternhaus. An Schulen setzen die Grünen auf G9 sowie auf mehr Finanzbildung zu Geld, Steuern, Versicherungen und Vorsorge. Zudem fordern sie eine geförderte Berufsorientierung, insbesondere in handwerklichen Berufen, der Industrie und der Pflege. Über die Schule hinaus fordert die Partei zudem eine Social-Media-Altersgrenze.

#### SPD

Die SPD stellt Chancengleichheit in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik. Dafür setzt sie früh an: gebührenfreie Kitas und zusätzliche Mittel für Schulen und Kitas in sozial benachteiligten Lagen sollen ungleiche Startbedingungen verringern. Ein zentrales Anliegen ist ein gesundes, kostenfreies Schulesen, um Teilhabe für alle Kinder zu sichern. Zudem fordert die SPD ein gesetzliches Verbot der Smartphone-Nutzung an Schulen in den Klassenstufen 1 bis 6.

#### Die Linke

Die Linke fordert ein diskriminierungsfreies, demokratisches Bildungssystem. Sie setzt auf einen Ansatz, der unterschiedliche Formen sozialer Benachteiligung aktiv abbauen soll. Zentral ist für die Linke die vollständige Kostenfreiheit von Bildung. Als Schulform wollen sie insbesondere die Gemeinschaftsschulen stärken. Pauschale Handyverbote an Schulen lehnt die Linke ab.

#### FDP

Die FDP setzt in der Bildungspolitik auf Eigenverantwortung und Freiheit der Schulen. Entscheidungen sollen vor Ort getroffen werden, nicht zentral im Kultusministerium. Schulleitungen sollen mehr Entscheidungsspielräume erhalten, etwa bei der Verwendung eigener Budgets. Unter dem Leitmotiv „Vielfalt der Schularten ist unsere Stärke“ will die FDP das gegliederte Schulwesen erhalten. Leistung spielt dabei eine zentrale Rolle: Schule soll vermitteln, dass Anstrengung sich lohnt.

### Industriestandort Baden-Württemberg

#### CDU

Baden-Württemberg soll als Export- und Innovationsstandort weiter gestärkt werden, insbesondere durch den Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen zu Regionen wie Südostasien. Den Mittelstand bezeichnet die CDU als Rückgrat der Wirtschaft. Hier setzt sie unter anderem auf Bürokratieabbau und schnellere Genehmigungsverfahren. Zur Förderung von Innovationen plant die CDU einen Zukunftsfonds BW, über den der

Staat gezielt in Start-ups und innovative Unternehmen investiert. Auf dem Arbeitsmarkt setzt die CDU auf Aktivierung von Langzeitarbeitslosen, tariflich entlohnte Arbeit und eine starke Tarifbindung. Den Automobilstandort BW will die Partei stärken, unter anderem durch die Ablehnung des Verbrennerverbots und die Entwicklung des Landes zu einem Testfeld für autonomes Fahren.

#### AfD

Die AfD verfolgt eine stark marktwirtschaftlich geprägte Wirtschaftspolitik und plädiert für einen möglichst geringen staatlichen Einfluss. Die Partei plant ein „Buy BW“-Programm, das öffentliche Unternehmen und Behörden dazu verpflichten soll, ihren Fuhrpark ausschließlich mit Fahrzeugen aus baden-württembergischer Produktion auszustatten. In der Energie- und Industriepolitik lehnt die AfD Verbote von Verbrennungsmotoren sowie von Öl- und Gasheizungen ab. Klimaschutzförderungen und entsprechende Subventionen sollen ersatzlos gestrichen werden.

#### Die Grünen

Für die Grünen gehören ökologische Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg zusammen. Sie setzen gezielt auf GreenTech als Wachstumsmotor. Durch die Aufwertung von Pflege- und Care-Berufen, verbunden mit Digitalisierung und moderner Technologie, sollen neue, attraktive Arbeitsplätze entstehen. Angesichts der Herausforderungen in der Automobilindustrie setzen die Grünen klar auf Technologieführerschaft bei der Elektromobilität. Der deutsche Markt für E-Autos soll gezielt gestärkt werden, unter anderem durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur.



Am 8. März wählen wir unseren neuen Landtag.

#### SPD

Unter dem Leitmotiv „Weil der Mensch kein Kostenfaktor ist“ richtet die SPD ihre Wirtschaftspolitik an guten Arbeitsbedingungen und sicheren Jobs aus. Die SPD setzt auf Elektromobilität. Fördermittel sollen dafür gezielt eingesetzt werden. Beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz fordert die Partei klare gesetzliche Regeln, insbesondere in sensiblen Bereichen wie Justiz, Verwaltung, Polizei und Bildung.

#### Die Linke

Die Linke sieht die Automobil- und Zulieferindustrie in BW durch Arbeitsplatzabbau und Auslagerungen ins Ausland bedroht. Um Jobs zu sichern, schlägt die Partei eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vor. Zudem fordert die Linke einen Umbau der Automobilindustrie zur Mobilitätsindustrie, die statt Autos künftig ÖPNV-Produkte herstellt.

#### FDP

Für die FDP ist der Mittelstand das Rückgrat des Wohlstands. Ihre Wirtschaftspolitik setzt auf klare, verlässliche Rahmenbedingungen, Freiheit statt zu viel Bürokratie und die Förderung von Aufstieg und Wachstum. Im Bereich Automobilindustrie will die FDP die Formel 1 nach BW holen, um den regionalen Herstellern und Zulieferern eine internationale Bühne zu bieten.

In der nächsten Yenz-Ausgabe checken wir die Themen Medien und Gleichstellung.